

Der nachstehende Bericht ist entnommen der Zürcher Zeitung „DIE WELTWOCHE“ und wurde dort am 16. Nov. 1945 (Nummer 627, 13. Jahrgang) veröffentlicht.

Hinter dem „Eisernen Vorhang“:

Aus einem Totenland

Ein Bericht von Robert Jungk

Es gibt heute in Europa nicht nur einen eisernen Vorhang. Es gibt zwei. Dieser zweite eiserne Vorhang, von dem man nicht spricht und sehr wenig weiß, scheidet die russische Okkupationszone in Deutschland gegen Osten von jenen ehemals deutschen Gebieten, die auf der Potsdamer Konferenz den Polen übergeben wurden und der alliierten Deutschlandverwaltung nicht unterstehen. Jedermann, der diese Grenze, die sich an die Oder und Neiße-Linie lehnt, überquert hat, wird bestätigen, dass dort die Kontrolle noch viel schärfer ist als an der Grenze, welche die alliierte und die russische Okkupationszone voneinander trennt. Das hat seinen guten Grund. Man wünscht hier keine Besuche von außen. Denn hinter der Oder-Neiße-Linie beginnt das Land ohne Sicherheit, das Land ohne Gesetz, das Land der Vogelfreien, das Totenland. Während in der von den Russen okkupierten Zone heute doch eine gewissen Ordnung herrscht und Unrecht mehr zufällig als planmäßig geschieht, regiert in den weiten Gebieten zwischen der früheren deutsch-polnischen Grenze und der Oder die Willkür und die Gewalt. Als dieses Gebiet den Polen nach den Potsdamer Vereinbarungen zugesprochen worden war, glaubte die ansässige deutsche Bevölkerung zuerst, sie werde sich mit den Polen nicht schlechter oder sogar besser vertragen als mit den Russen. Heute ist es aber so, dass alle Bewohner sich an die kleinen durchziehenden oder da und dort zur Nachschubsicherung stationierten russischen Abteilungen wenden müssen, um Schutz vor den Übergriffen der Polen zu finden. Wer die polnische Zone verlassen hat und in russisch okkupiertes Land gelangt, atmet geradezu auf. Hinter ihm liegen leer geplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.

All das und alles, was in den kommenden Zeilen beschrieben werden wird, ist leider wahr. Man mache es sich nicht leicht und tue es als „Gräuelpropaganda“ ab. Zu oft schon hat man in den letzten Jahren dem unvorstellbar Entsetzlichen nicht glauben wollen, zu oft haben diejenigen, denen Enthüllungen unangenehm sein mussten, sie als „Lügen“ oder „Propaganda“ abgetan. Es ist wahr, dass in dem Ort G. auf öffentlichem Platze Mädchen, Frauen, Greisinnen von Angehörigen der polnischen Miliz vergewaltigt wurden. Es ist wahr, dass auf dem Bahnhof von S. sämtliche Flüchtlingszüge regelmäßig derart ausgeraubt werden, dass die Insassen nackt weiter gen Westen reisen müssen. Es ist wahr, dass in weiten Gegenden Schlesiens kein einziges Kind unter einem Jahr mehr am Leben ist, weil sie alle verhungern mussten oder erschlagen wurden. Es ist wahr, dass in Oberschlesien die von Syphilis angesteckten Frauen als „Behandlung“ einfach einen Kopfschuss erhalten. Und es ist wahr, dass eine Selbstmordwelle durch das Land geht. In einzelnen Orten hat sich ein Zwölftel, anderen bereits ein Zehntel oder sogar ein Fünftel der Bevölkerung ums Leben gebracht. Es ist wahr, dass in den so genannten Arbeitslagern S. und G. Insassen nächtelang bis zum

Halse in eiskaltem Wasser stehen müssen und dass man sie bis zur Bewusstlosigkeit schlägt.

Und warum geschieht das alles? Nun, es ist furchtbar genug: Diese Welle barbarischer Misshandlungen wurde ausgelöst durch das Bemühen der „großen Drei“, das Schicksal der Deutschen im Osten zu mildern. Jawohl, zu mildern! Die Berichte, die damals über das durch die zwangsweise Evakuierung verursachte Elend an die Weltöffentlichkeit gedrungen waren, hatten die Großmächte veranlasst, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung die Einstellung der übereilten Zwangsdeportationen zu empfehlen. Die Tschechen haben diesen Appell befolgt, und die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach Deutschland und Österreich geht jetzt in geordneter, wenn irgend möglich menschlicher Weise vor sich. Anders die Polen. Auch sie stoppten zunächst die Evakuierungen. Aber zugleich taten sie alles, um die deutsche Bevölkerung, die sie los sein wollten, zum „freiwilligen“ Verlassen des neuen polnischen Territoriums zu veranlassen. Das verhältnismäßig noch mildeste Mittel, das die neu angesetzten Woiwoden und Bürgermeister anwenden, ist die Aushungerung. In dem Städtchen S. werden für die 15000 deutschen Einwohner nur 7000 Brotrationskarten ausgegeben. Die 8000, die keine Rationierung zugeteilt erhalten, können noch eine Zeit lang durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten auf dem schwarzen Markt etwas Brot bekommen, dann bleibt ihnen nur der Hungertod oder die „freiwillige“ Wanderung nach dem Westen.

Schlimmer noch steht es in Breslau. Dort gibt es überhaupt kein allgemeines Rationierungssystem. Seit der deutschen Kapitulation hat es in Breslau weder Fett noch Fleisch gegeben. Die Bewohner machen Proviantexpeditionen ins Hinterland der Stadt. Sind sie glücklich genug, ein paar Rüben und Kartoffeln zu bekommen, so wird ihnen das meist bei der Rückkehr schon in den Vororten von den polnischen Milizsoldaten wieder abgenommen. Dass die Sterblichkeit unter diesen Umständen enorm ist, kann nicht wundernehmen. Polnische Beamte, die übrigens infolge der Unordnung in der Breslauer Stadtverwaltung selbst seit Monaten keine Zahlungen erhalten haben, geben ganz offen zu, dass sie hoffen, durch die Hungerdezimierung der deutschen Bevölkerung werde bis Weihnachten das gleiche Ziel erreicht sein, das ursprünglich durch Deportation hatte erreicht werden sollen.

Mindestens ebenso schlimm wie den Hunger empfinden die noch in dieser Zone lebenden Deutschen den Mangel an Sicherheit und Recht. Es gibt keine Instanzen, an die ein Bauer, der von Plünderern überfallen wurde, sich wenden könnte, es gibt keine Polizei, die ihn schützt, keine Richter, die ihm Recht verschaffen könnten. Jedermann muss stündlich und täglich Gewaltattacken auf Gut und Leben erwarten, ohne dass ihm eine Möglichkeit legaler Gegenwehr gegeben wäre. Dass bei solchen Raubzügen auch gerade solche Deutsche leiden mussten, die erwiesenerweise im Kampf gegen die Nazis ihre engsten Verwandten verloren, dass die Juden, die in stillen Landkreisen hatten untertauchen können, nun da sie wähten, gerettet zu werden, von den Polen umgebracht werden, das sind besonders dunkle Schatten auf einem ohnehin schon düsterem Bilde. Zu allem kommt noch Krankheit und Seuche. Je weiter man von Berlin gegen Osten fährt, desto häufiger sieht man an den Ortseingängen die großen Plakate mit dem in lateinischer und kyrillischer Schrift aufgemalten Warnungswort THYPHUS! Die ausgemergelten Körper der Hungernden geben noch Nährboden für den Bazillus ab, und die Seuche entwickelt sich mit der Schnelligkeit eines Waldbrandes im ganzen Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie. Aber es ist ein „Waldbrand“, dem sich auch keine Feuerwehreute entgegenstellen. Erschütternd lesen sich Berichte aus den Seuchengebieten: „In St. sind 80 Personen von einer Bevölkerung von 400 an Typhus erkrankt.

Keine Medikamente im Dorf. Kein Doktor auf dem Rechtsufer der Oder. Der Sekretär der Caritas in Str. berichtet, dass auch seine Medikamente zur Neige gehen. Da wir durch die Seuche isoliert sind, will uns niemand Nahrungsmittel bringen. Wir können den Kranken nicht helfen. Alles, was wir tun können, ist, sie zu isolieren. Ziemlich alle Dörfer an der Eisenbahnlinie Breslau-Frankenstein sind vom Typhus infiziert.

Die „Lösung“ in vielen Fällen ist nun, dass man infizierte Ortschaften wie einst im Mittelalter die Peststädte vollständig isoliert. Natürlich ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, und so wird der Typhus immer weitergeschleppt. „Da muss doch etwas getan werden.“ Das ist die erste Reaktion eines jeden Menschen, der die Situation im polnisch besetzten Teile Deutschlands sich u einer immer furchtbareren Katastrophe entwickeln sieht. Leider kann aber nichts getan werden, wenn dieses Gebiet nicht wenigstens ebenso wie die anderen okkupierten Gebiete Deutschlands einer Kontrolle der vier Großmächte unterstellt wird. Solange alles deutsche Gebiet jenseits der Oder, wie das in Potsdam geschah, allein unter polnischer Kontrolle bleibt, wird sich vermutlich nicht viel ändern. Denn da dieses Territorium erst von der kommenden Friedenskonferenz endgültig als polnisch anerkannt werden kann, tun die Polen alles, um in möglichster Eile und Rücksichtslosigkeit ihre „Zone“ im Hinblick auf die endgültige Grenzziehung zu entgermanisieren.

Diejenigen, die vor Hunger, Seuche, Misshandlungen und Plünderung aus den von den Polen besetzten Regionen fliehen, haben vor dem Verlassen der polnischen Zone einen Schein zu unterzeichnen, in dem sie erklären, sie seien selbstverständlich aus freiem Willen gegangen. Es soll doch niemand später am grünen Tisch sagen können, dass nicht alles korrekt zugegangen sei!

Wenn etwas für das „Totenland“ jenseits der Oder getan werden kann, dann wird es zuerst und am ehesten von russischer Seite geschehen müssen. Es mehren sich die Zeichen, dass die Russen mit der von den Polen verfolgten Okkupationspolitik keineswegs einverstanden sind und daran denken, den von Polen besetzten Teil Ostdeutschlands wieder in eigene Verwaltung zu nehmen. Denn die Russen können es sich nicht leisten, dass ihr Nachschub aus dem Osten und ihre Verkehrsverbindungen mit der Heimat durch die chaotischen Zustände in der polnischen Zone gefährdet werden. Sie sind zudem der Ansicht, dass der größte Teil der Kritik an der heute in aller Welt so stark angefeindeten Politik in den deutschen Ostgebieten weniger an ihre Adresse als an die der Polen zu richten sei. Ob es allerdings ganz ohne Schwierigkeiten gehen wird, „machine arriere“ zu machen, ist eine andere Frage. „Weiße“ und „rote“ Polen, die sonst heftig gegeneinander intrigieren, sind sich doch in dem Punkte einig, dass die neu besetzten deutschen Gebiete polnisch bleiben sollen. Die schon seit Wochen bestehende polnisch-russische Spannung, die in Ostpreußen sogar bereits zu bewaffneten Zusammenstößen geführt hat, würde durch einen offenen Konflikt über der Frage der Verwaltung in den deutschen Ostgebieten kritisch verschärft werden.

Zweifellos wird man sich aber auch noch anderwärts mit den Zuständen im „Totenland“ beschäftigen, sobald mehrere Rapporte wie dieser, der, soviel wir wissen, zum ersten Mal die Zustände im polnisch besetzten Deutschland an die Öffentlichkeit bringt, die Aufmerksamkeit der Weltmeinung erregt haben. Denn es geht hier um noch viel mehr als „nur“ um das Leben einiger Millionen Deutscher, es geht um die moralische Reinheit und Stärke der antifaschistischen Bewegung in der Welt.

Wenn alle diejenigen, die Hitler und Mussolini unter großen Opfern bekämpften, um eine bessere Welt aufzubauen, es zulassen, dass ihr Kampf jetzt von Rowdys und Chauvinisten ausgenützt und beschmutzt wird, dann sehen wir keine große Hoffnung für die Zukunft. Man hat hier mit Recht den

Deutschen vorgeworfen, dass sie in ihrem Glauben an die Mission ihres Vaterlandes so lange die Augen vor den Gräueltaten des Nazismus verschlossen hatten. Sollen die Vorkämpfer der Demokratie später einmal den gleichen Vorwurf auf sich sitzen lassen müssen? Auch wir alle werden „mitschuldig“ sein, wenn wir nicht täglich und stündlich die Schandtaten, die heute im Namen der Demokratie und der Freiheit begangen werden, enthüllen. Nichts anderes wollten diese ersten Zeilen aus dem Land der Vogelfreien, aus dem Totenland jenseits der Oder.

Mit entsprechender Quellenangabe und Verweis auf www.weltwoche.ch darf dieser Artikel vervielfältigt und zum Download angeboten werden.

Weltwoche Verlags AG

Förrlibuckstrasse 70

CH-8021 Zürich

04. September 2009